Hamburger Echo.

Das Hamburger Echo erscheint täglich, außer Montags. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich im Voraus exkl. Bringegebeld M. 3,60. Nr. des Postkatalogs 2505. Bei Anzeigen wird die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum mit 25 $\frac{1}{2}$ berechnet. — Anzeigen-Nachnahme in der Expedition, sowie bei allen Inseraten-Büreaus. Redaktion und Expedition: Hamburg, Große Theaterstraße 44. — Verantwortlicher Redakteur: Otto Stolten in Hamburg.

Von der Weltbühne.

Zum Nachfolger des Herrn von Puttkamer soll ein hoher Beamter in Aussicht genommen sein, dessen Namen bisher in der vorliegenden Frage noch nicht genannt ist, und dessen Stellung ein schlagender Beweis für die Grundlosigkeit der fortschrittlichen Erfindung sein würde, daß der Rücktritt des ehemaligen Ministers des Innern als Symptom eines System-Wechsels zu betrachten sei. — Also meldet triumphierend das eine hiesige reaktionäre Blatt. Das Oberreptil am Rhein aber erhofft einen Mann seines Kalibers; es schreibt: „Die Frage, wer der Nachfolger des Ministers v. Puttkamer werden soll, ist noch immer ungelöst. Bei dem gegenwärtigen Zustande des Kaisers, dessen Befinden in der That zu den ernstesten Besorgnissen Anlaß giebt, ist es wahrscheinlich, daß die Ernennung eines neuen Ministers des Innern sich noch einige Zeit hinschleppen wird. In den Kreisen unserer Hochorthodoxen und Extremkonserverativen giebt man sich deshalb schon der Hoffnung hin, daß in nicht zu langer Zeit entweder Minister von Puttkamer auf seinen Posten zurückberufen werden könnte, schon um ihn angesichts der zum Theil widerwärtigen Angriffe eines Theiles der Oppositions- presse eine unzweideutige Genugthuung zu geben, oder daß als sein Nachfolger vor der Hand sein langjähriger Unterstaatssekretär Herrfurth ernannt werden könnte, der im Sinne Puttkamers weiter regieren und ihm vielleicht für spätere Jahre die Stelle freihalten könnte. Das sind indes Hoffnungen, die eitel Schäume sind und sie werden keinesfalls in der Zukunft ihre Bestätigung finden. Man darf wohl hoffen, daß sich schließlich für den endgültig erledigten Posten ein begabter Mann findet, welcher im Sinne der Mittelparteien den Gesundheits- prozeß unserer innern Zustände durch eine maßvolle und verständliche Politik weiterführt und die Nationalliberalen nicht immer wieder in die Nothwendigkeit versetzt, reaktionäre Strebungen mit freundschaftlicher Entschiedenheit abzuweisen. (Das ist zum Nachen.) Das Kartell würde dadurch unbedingt an innerer Festigkeit wie an volksthümlicher Anziehungskraft gewinnen.“

Die „maßgebenden Personen“ der konservativen Gesamtvertretung von Berlin wollen Herrn v. Puttkamer nicht scheiden lassen, ohne ihm eine „öffentliche Anerkennung für seine Verdienste sowohl um das Vaterland (?) als auch um die reichstreuen Parteien ausgesprochen zu haben.“

Die in der letzten Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses zur Sprache gebrachten unerhörten Wahlvorgänge in Elbing-Marienburg können noch immer nicht zur Ruhe kommen. Ganz natürlich. Nachdem sie aller Welt gezeigt worden sind und Jeder sie sehen kann, erwacht das öffentliche Gewissen und häutet sich auf. Selbst den Konservativen fängt die Berwerflichkeit amtlicher Beeinflussungen an einzuleuchten, wenn anders die Indignation echt ist, die zum Ausdruck kommt. So schreibt die konservative „Elbinger Ztg.“ u. A.:

„Bergegenwärtigen wir es uns, in welcher Weise die Agitation damals in Szene gesetzt wurde, wo selbst junge Regierungs-Referendarien, die unter Herrn Landrath Dr. Dippe damals auf dem hiesigen Landrathsamt beschäftigt wurden, sogenannte Wahlthätigkeit ausüben zu müssen glaubten, wie in der eigenen Partei durch die kassette Rücksichtslosigkeit Zwiespalt hineingetragen und dann mit Hochdruck eine Wahlmaschine in Thätigkeit gesetzt wurde, die an's Unglaubliche grenzte, so erscheinen die Auslassungen des Abgeordneten Rieders, eines Gegners unserer Partei, nicht allein begreiflich, sondern auch gerechtfertigt. Das ist das Traurige und zu gleicher Zeit Beschämende für uns, daß wir selbst es zugehen müssen, daß wir es hinnehmen müssen, daß der Elbing-Marienburgischer Wahlkreis zur Zielscheibe von Angriffen dienen mußte, welche abzuschlagen Niemand in der Lage ist.“

Der Landrath des Elbinger Kreises Dr. Dippe ist als Regierungsrath nach Gumbinnen versetzt worden. Dem Dr. Dippe fällt die gesetzwidrige Eintheilung der Wahlbezirke im Kreise Elbing zur Last. Auch hatte derselbe den Bruder des Ministers bei der Agitationsreisen begleitet. Dr. Dippe fungirte bei der Wahl auch als Wahlkommissar. Dem fügt die „Freis. Ztg.“ an: „Die Beförderung des Dr. Dippe zum Regierungsrath — denn als Beförderung muß diese Ernennung immer angesehen werden — scheint eine der letzten Amtshandlungen des Ministers v. Puttkamer gewesen zu sein.“

Vom „Freisinn“. „In einem Punkte“ schreibt die „Weser-Ztg.“, „stimmen wir der „Nordd. Allg. Ztg.“ bei. Sie sagt, der Sturz Puttkamers sei dem Ministerpräsidenten ganz unerwartet gekommen; diese Thatsache könne aber nur einer solchen Partei Befriedigung ge-

währen, bei welcher die Fraktionspolitik bereits das staatliche Bewußtsein geschädigt habe. Das ist sehr richtig. Aber es ist ein Irrthum, anzunehmen, daß die Gefühle, die in der „Freisinnigen Zeitung“ zum Ausdruck kommen, die Gefühle der Liberalen in ganz Deutschland seien. Gerade in dem Punkte, der hier in Frage kommt, denken und fühlen unzählige freisinnige Deutsche ganz anders als jenes Berliner Fraktionsblatt. Sie wünschen innig, daß Kaiser und Kanzler beisammenstehen mögen.“

Eine sozialdemokratische Versammlung von Wählern des 14. Kommunalwahlbezirks in Berlin versiel am Mittwoch Abend der polizeilichen Auflösung. Die Versammlung, die behufs Verkündung des Wahlergebnisses nach dem Etablissement „Sankt-Jacobi“ einberufen war, war nach der Berliner „Volks-Ztg.“ überaus zahlreich besetzt. Nachdem Tischler Robert Blum zum Vorsitzenden gewählt worden war, theilte Tischler Winter das Wahlergebnis aus den drei Bezirken mit, in denen gestern die Wahl stattgefunden. Der Redner bemerkte: Wenn jeder Genosse bei den Stichwahlen seine Schuldigkeit thut, dann muß der Sieg unser sein. Hierauf äußerte Schuhmachermeister Mezger: Der heutige Tag hat bewiesen, daß, wenn die Arbeiterpartei irgendwo geschlossen auftritt. . . Hier erhob sich der beaufsichtigende Polizeioffizier und erklärte die Versammlung auf Grund des § 9 des Sozialistengesetzes für aufgelöst. Mit stürmischen Hochrufen auf die Sozialdemokratie und dem Gesänge der Arbeiter-Marseillaise verließen die Massen den Saal.

Um die Nothwendigkeit einer Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft auch dem Bestrocktesten klar zu machen, sollte kein Fall unerwähnt bleiben. In den ersten Tagen des April dieses Jahres fand (wie man der „Frei. Ztg.“ aus Waden schreibt) in Waldkirch ein Einbruchsdiebstahl statt. Man konnte den Thäter bisher nicht ermitteln und scheint jetzt auf eine eigene Art der Ermittlung desselben verfallen zu sein. Es wurden vor acht Tagen zwei Hutmacher eingeliefert, von denen der eine in Offenburg, der andere in Furtwangen in Arbeit steht. Gegen Beide lag kein anderer Verdacht vor, als daß sie in jenen Apriltagen auf Herbergen in der Nähe Waldkirchs (Freiburg, Emmendingen etc.) verkehrten. Es sind ganz solide Leute. Sie wurden von der Arbeit weg verhaftet, gefesselt und nach Waldkirch gebracht, wo man sie wieder laufen ließ. Niemand kümmerte sich darum, daß die Leute total mittellos waren. So liefen sie mit leerem Magen zunächst die zwölfstündige Strecke bis Offenburg. Wie viele solcher Leute man schon in derselben Angelegenheit verhaftet und wieder entlassen hat, ist nicht bekannt. Für die beiden Genannten war es ein Glück, daß sie nach so langer Zeit noch ihr Alibi nachweisen konnten.

Aus der Haft entlassen. Drei der Geheimbündelei beschuldigte Sozialdemokraten, welche im Eberfelder Gefängnis internirt waren, sind gegen Kaution aus der Haft entlassen worden. Dem Vernehmen nach sollen noch mehrere Beschuldigte gegen Kaution in Freiheit gesetzt werden.

Gera, 12. Juni. („Voss. Ztg.“) Die hiesige Staatsanwaltschaft, welche es ursprünglich abgelehnt hatte, dem Antrage der hiesigen Polizei entsprechend, gegen die Streikkommission der Maurer einzuschreiten, ist neuerdings seitens des fürstlichen Ministeriums angewiesen worden, die Untersuchung gegen die Leiter des Maurerstreiks einzuleiten.

Die Nachricht, daß das Reichsgericht die Revision der im Posener Sozialistenprozeß Verurtheilten verworfen habe, scheint auf einem Irrthum oder auf unrichtiger Kombination zu beruhen. Die Verhandlung vor dem Reichsgericht sollte allerdings am 5. d. M. stattfinden. Nach einer Meldung, die der Oberreichsanwalt dem Bertheidiger der Angeklagten zugestellt hat, ist jedoch der Termin vom 5. auf den 22. Juni verlegt worden. Demgemäß kann eine Berwerfung der Revision noch nicht eingetreten sein.

Zum Streik der Schmiede in Berlin wird gemeldet, daß die Meister sich dahin einigten, die zehnstündige Arbeitszeit im Prinzip anzuerkennen und dementsprechend nur in dringenden Fällen Ueberarbeit stattfinden zu lassen. Die Ueberstundenarbeit soll nach Maßgabe des Tagelohnes, Nachtarbeit höher bezahlt werden. Die Unterhandlungen zwischen Meistern und Gesellen, die in beiderseitig entgegenkommender Weise geführt werden, dauern fort.

Der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hat auch in diesem Jahre über die Lohnverhältnisse seiner Arbeiter Erhebungen angestellt. Im Januar 1887 beschäftigten 205 Werke 138 695 Arbeiter mit einem Monatslohn von M. 9 181 870, im Januar 1888 dagegen 147 051 Arbeiter mit M. 10 259 518 Monatslohn. Demnach sind die

Zahl der Arbeiter um 8356 gleich 6,2 pSt., die monatlichen Gesamtlohn dagegen um M. 1 077 648 gleich 11,7 pSt. gestiegen. Im Januar 1887 verdiente ein Arbeiter durchschnittlich monatlich M. 66,20 gegen M. 69,67 im Januar 1888. Auf das Jahr berechnet würde sich ein Mehrverdienst des Arbeiters von M. 42,84 und für die 205 Werke, die nur einen, wenn auch sehr ansehnlichen Theil des deutschen Eisengewerbes ausmachen, eine Steigerung der Löhne um die bedeutende Summe von M. 12 931 776 ergeben. „Abgesehen davon“, bemerkt dazu die „Frankf. Ztg.“, „daß M. 42 jährliche Mehrerlöse ein magerer Lohnzuwachs und daß ein Lohn von M. 69 für die anstrengende Hüttenarbeit sehr niedrig ist, vergißt aber der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller auch diesmal, neben dem kleinen Mehrverdienst, der übrigens auch nur einer geringeren Anzahl Bevorzugter unter den 147 051 zu Gute gekommen sein kann, während der Verdienst der Mehrzahl möglicherweise sank, die durchschnittliche Arbeitsleistung der beiden Jahre pro Arbeiter zu sehen. Dies gehört entschieden zum Exempel. Es könnte z. B. die Schicht für den Einzelnen weit länger geworden sein, als sich der Lohn erhöhte. Es ist zu bedauern, daß der Verein dieser Einwendung, die ihm schon oft gemacht worden ist, niemals durch genaue Angaben die Spitze abzuberechnen sucht. Er rechnet alle Jahre eine Erhöhung der Löhne heraus. Nach ihm müßten seine Arbeiter nunmehr nahezu Rentiers geworden sein, während man von einem besonderen Wohlstand der Eisen- und Stahlarbeiter, die viel zu ihrem Kräfterosa brauchen, nirgends etwas hört. Hervorgehoben werden schließlich auch in dem Bericht die Leistungen der Werke zu Gunsten der Arbeiter. An gesetzlichen Leistungen (Krankenkassen, Unfall-, Berufsge nossenschaften, Haftpflicht u. s. w.) wurden in 1887 von den 205 Werken M. 2 340 893 gleich M. 15,92 für den Arbeiter gezahlt; an freiwilligen Leistungen dagegen (Zwischen- und Pensionskassen, Versorgung der Witwen und Waisen, Arbeiterwohnungen und anderen Wohlfahrts-einrichtungen) zahlten 159 Werke des Eisengewerbes und des Maschinenbaues M. 2 511 876 gleich M. 18,52 für den Arbeiter. Für die Aktiengesellschaften berechnen sich die Leistungen für derartige Wohlfahrtszwecke auf mehr als 4 Prozent der an die Aktionäre gezahlten Gesamtdividenden; für die im Privatbesitz befindlichen Werke, deren Betriebsergebnisse nicht bekannt sind, dürfte sich ein ähnliches Verhältniß ergeben.“

Wien, 13. Juni. Aus Horwiz kommt die Nachricht, daß daselbst 1500 Arbeiter von drei Webereien wegen Verweigerung einer Lohnerhöhung streiken. Gensdarmrie wurde unnötigerweise aufgebolen, da die Ruhe nicht gestört wurde.

Das Pazifwesen an der galizischen Grenze wurde in Folge der von österreichischer Seite bei dem Generalgouverneur Gurko gemachten Vorstellungen bedeutend erleichtert, was in der Geschäftswelt einen erfreulichen Eindruck macht.

Pest, 12. Juni. Im Heeresauschuß der ungarischen Delegation erklärte auf verschiedene Anfragen der Kriegsminister: Neuorganisationen seien nicht beabsichtigt; nur einige für den Mobilisirungsfall vorgesehene Formationen sollten durch Aufstellung von Cadres schon im Frieden vorbereitet werden. Es handle sich nur darum, Maßregeln, die schon früher auf dem Papiere bestanden hätten, in's Praktische zu überetzen, resp. die Armee schneller operationsbereit zu machen. Gewisse Ausgaben, die eigentlich in's Ordinarium gehörten, seien deshalb in's Extraordinarium präliminirt worden, weil Niemand die Verhältnisse kenne, die Ende 1890 bestehen würden, und dann möglicher Weise die Nothwendigkeit nicht mehr bestehe, die fraglichen Maßregeln noch weiter fortzusetzen. Eine Vermehrung des Offizierstandes sei nothwendig wegen der geringen auf die Unterabtheilungen im Mobilisirungsfall entfallenden Prozentzahl von Berufs-offizieren. In den wenigen Mobilisirungstagen könne man diesem Uebelstande nicht abhelfen, darum müsse, besonders unter den heutigen Verhältnissen, schon im Frieden vorgesorgt werden. Der Minister versicherte, daß nur die wirklich nothwendige Zahl in Anspruch genommen werden würde. Betreffs administrativer Ersparungen und Dezentralisation des Dienstwesens seien die Studien noch nicht abgeschlossen. Er werde übrigens gleich seinem Vorgänger danach trachten, die Schlagfertigkeit des Heeres mit der Finanzlage des Staates in Einklang zu bringen.

Der Reichstag wird am Sonnabend seine Sitzungen schließen.

Bern, 13. Juni. Der Ständerath hat 3½ Millionen Franks zur Beschaffung von Kriegsmaterial bewilligt.

Paris, 12. Juni. Die Kammer genehmigte gestern die beiden ersten Artikel des Gesetzes über die Frauen- und Kinderarbeit. Das Gesetz untersagt die Beschäftigung der Kinder unter 13 bezw. (wenn sie das Abgangszeugniß der Volksschule haben) unter